

Ulrich Saxer: Politik als Unterhaltung. Zum Wandel politischer Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft

Konstanz: UVK 2007 (Forschungsfeld Kommunikation, Bd. 20), 345 S., ISBN 978-3-89669-473-7, € 34,-

In der Einleitung der vorliegenden Studie *Politik als Unterhaltung* bemängelt der Schweizer Medien- und Kommunikationswissenschaftler Ulrich Saxer die oft verkürzende wissenschaftliche Beschäftigung mit der Beziehung von Politik und Unterhaltung in mediengesellschaftlichen Zusammenhängen. Unterhaltung werde entweder als Oberflächenphänomen bagatellisiert oder in Form von ‚Politainment‘ mittels einer kulturkritischen Optik als Mitursache eines gesellschaftlichen Niedergangs gesehen. (Vgl. S.12)

Diesen unzureichenden Betrachtungen will der Autor eine werturteilsfreie, interdisziplinär ausgerichtete „kommunikationssoziologische Perspektive, die gesellschafts-, politik- und publizistikwissenschaftliche aber auch kulturanthropologische Ansätze verbindet“ (S.13), auf „die durch Entertainisierung umstrukturierte politische Öffentlichkeit“ (S.11) entgegensetzen. Hierzu stellt er „die ‚Entertainisierung‘ von Politik und Öffentlichkeit in einen mediengesellschaftlichen Gesamtzusammenhang [...], der die Ebenen von Individuum, Organisation und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.“ (Klappentext)

Saxer geht dazu in der gesamten Studie methodologisch und methodisch sehr reflektiert vor und leistet im ersten Teil der Arbeit („Grundlegung“) die konzeptuelle Rahmung der Untersuchung, indem er sich u.a. den Basiskonzepten

Unterhaltung, Mediengesellschaft und politische Kommunikation nähert sowie einen kurzen Abriss zur Öffentlichkeitstheorie gibt.

In den beiden Hauptteilen der Arbeit „Entertainisierung“ und „Politainment“ entwickelt der Verfasser auf einer breiten theoretischen Basis fundiert seine Thesen, die als Destillat in Teil vier („Politik als Unterhaltung?“) pointiert zusammengefasst werden.

Saxer identifiziert die vier gesellschaftlichen Metatrends funktionale Differenzierung, institutioneller Wandel, Realitätslabilisierung sowie Individualisierung, die alle potenziell in Richtung einer Entertainisierung von Politik und Öffentlichkeit wirken. (Vgl. S.51ff.) Es kristallisiert sich schließlich die zentrale Fragestellung heraus, inwieweit diese Entertainisiert das Problemlösungsvermögen des politischen Systems und die Funktionalität der politischen Öffentlichkeit beeinflusst.

Eine Beurteilung von Politainment als problemlösender und -schaffender Mechanismus anhand der Kriterien Transparenz, Effizienz, Möglichkeit der Meinungsbildung und Generierung wertkonformer, gemeinwohldienlicher Entscheidungen (vgl. S.256f.) kann die vorliegende Studie nicht empirisch abgesichert, sondern nur „thesenhaft“ (S.206) leisten. Der Autor etikettiert den Einfluss von Politainment auf die politische Öffentlichkeit sowie die Mediendemokratie allgemein mit dem Label „labile Multifunktionalität“ (S.273). Dies meint, dass Politainment sowohl funktionale wie auch dysfunktionale Folgen hat bzw. haben kann, seine Funktionsbilanz also ambivalent bleibe (vgl. S.261). Beispielsweise leistet dessen Einsatz innerhalb des Spannungsfeldes von Partizipationsberechtigung und -qualifikation Inklusion in die politische Kommunikation, ohne allerdings deren kognitive Qualität zu steigern (vgl. S.136f.); es kann aufgrund seiner Erfolgsgewissheit aber bisweilen sogar desintegrativ wirken (vgl. S.285).

Funktional sind ferner die verständigungs-, akzeptanz- und stabilitätsfördernden Potenziale von Politainment auf der Darstellungsebene von Politik: dem Problemlösungsvermögen abträglich sind dagegen u.a. dessen Effekt hin zur Ineffizienz für die Politikherstellung (vgl. S.269) sowie die Delegitimierung von Sachrationalität durch das Primat der Erlebnistrationalität.

Der Autor selbst gibt seinem Text den Status eines „wissenschaftliche[n] Essay[s]“, der „zum Weiterdenken stimulieren [soll]“ (S.9f.). Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die lohnenswerte Lektüre eine breite Basis schafft, von der aus dieses Weiterdenken in weitere Forschung zum Thema münden kann, um z.B. das Empirie-Defizit auf dem Gebiet zu mindern.

Matthias Schmidt (Marburg)